



Die Schutzplätze reichen nicht für alle

Die Zivilschutzkeller sind Relikte aus dem Kalten Krieg und werden jetzt plötzlich wieder gefragt. Dabei kommt eine Fehlplanung ans Licht.



So stellte man sich das Leben im Bunker vor: Eine Familie mit Notvorrat und Trockenklosett.
Bild: Martin Rüttschi/Keystone (Kappelen, 2001)

Andreas Maurer

In keinem anderen Land der Welt gibt es so viele Schutzräume wie in der Schweiz. Es sind 365 000 Bunker mit neun Millionen Plätzen. Es hätten also mehr als hundert Prozent der 8,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Platz. Diese Quote ist einzigartig.

Die Länder auf dem zweiten und dritten Platz haben eine deutlich kleinere Abdeckung: Schweden mit 80 Prozent und Finnland mit 70 Prozent. Die Schweiz gilt deshalb als Supermacht im Bunkerbau.

Doch im Ernstfall gäbe es auch hierzulande Platzprobleme. Denn die Quote ist ein Durchschnittswert. In einigen Kantonen gibt es zu viele Schutzräume,

in anderen zu wenige.

Das zeigt eine Auswertung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz, die dieser Zeitung vorliegt. Vor allem Westschweizer Kantone schneiden darin schlecht ab. Für diesen Röstigraben gibt es eine historische Erklärung. In der Romandie waren der Zivilschutz im Allgemeinen und die von Deutschschweizer Ingenieuren erstellten Bauvorschriften im Konkreten früher stets besonders umstritten.

In dieses Erklärungsmuster würde auch passen, dass der linke Kanton Basel-Stadt die tiefste Quote der Deutschschweiz hat. Jede fünfte Person hätte hier im Notfall theoretisch keinen Schutzplatz. Der Kanton plant deshalb

Überbelegungen ein.

Das Basler Sicherheitsdepartement erklärt die Fehlplanung mit der Architektur. In einem Stadtkanton mit vielen alten Gebäuden seien die Möglichkeiten begrenzt, Schutzräume zu erstellen.

Thurgau ist der zweite Deutschschweizer Kanton, der eine zu tiefe Schutzplatzquote hat. Das Defizit erklären die Behörden mit ihren peniblen Kontrollen. Im Gegensatz zu anderen würden sie konsequent alle Schutzräume von der Liste streichen, die nicht mehr funktionsfähig seien.

Graubünden ist der Kanton mit dem grössten Überangebot. Hier hätte fast das Anderthalbfache der Bevölkerung im Untergrund Platz. Erklärt wird dies



mit dem Tourismus. Früher galt die Vorschrift, dass auch für die Hälfte der Ferienwohnungszimmer ein Schutzplatz eingerichtet werden muss.

Ein gewisses Überangebot ist allerdings erwünscht, um auf ein Bevölkerungswachstum vorbereitet zu sein. Vielerorts gilt die Vorschrift, dass die Gemeinden eine Reserve von zwanzig Prozent einplanen müssen. Erst dann dürfen sie die Aufhebung von Schutzräumen bewilligen.

Die Baupflicht für solche Kellerräume geht auf einen Beschluss vor fünfzig Jahren zurück. Die Bunker haben in der öffentlichen Wahrnehmung dabei drei Phasen durchlaufen.

Phase 1: Der Bunker als Überlebensinsel

Im Kalten Krieg waren die Schutzräume das Rückgrat der «totalen Landesverteidigung». Die Technokraten beschrieben sie als «Überlebensinseln». Diese mussten damals in allen neuen Einfamilienhäusern eingebaut werden.

In einem Propagandafilm verglich der Bund die Zivilschutzkeller mit Marmeladentöpfen. Wenn Gefahr aus der Luft drohte, genügte ein Pfiff, und alle Familien hätten sich im Untergrund in Sicherheit bringen können. Man sprach von «vertikaler Verteidigung» und assoziierte die Schutzräume mit Geborgenheit und Wärme.

Phase 2: Der Bunker als Betonverlies

In den 80er-Jahren kippte das Bild. Friedensaktivistinnen und AKW-Gegner sprachen von «Betonverliesen». Moniert wurde der Irrglaube, dass die Bevölkerung dank Beton und Stahl eine nukleare Katastrophe überleben könne. Tatsächlich würde im Bunker nur der «Machbarkeitsglaube einer vergangen Zeit» überleben.

Die Schutzräume wurden als Tonstudios oder Cannabisplantagen umgenutzt und die grossen Anlagen der Gemeinden als Asylunterkünfte.

Regelmässig wurde die Abschaffung der Baupflicht für Schutzräume diskutiert, weil ein bewaffneter Konflikt in Europa zunehmend unrealistisch erschien. Die Investitionen in den Untergrund wurden als Geldverschwendung bezeichnet. Ein Platz in einer grösseren Anlage kostet etwa 750 Franken. Die neun Millionen Plätze in der Schweiz haben hochgerechnet also einen Wert von 6,8 Milliarden Franken.

Phase 3: Der Bunker als Katastrophenvorsorge

Die letzte Lockerung der Baupflicht wurde kurz nach Fukushima beschlossen. Unter dem Eindruck der Katastrophe war eine Abschaffung aber chancenlos. Die letzte Debatte fand 2019 statt. Die Grünen standen wieder auf verlorenem Posten. Die Schutzräume galten nun als Katastrophenvorsorge.

Noch vor kurzem mussten sich Kontrolleure auf Baustellen aber Kritik anhören. Sie wurden oft gefragt: Ist so ein Schutzraum wirklich nötig?

Der Krieg in der Ukraine gibt den Anlagen wieder eine Bedeutung

Mit Putins nuklearer Drohung und dem Beschuss eines AKW in der Nacht auf Freitag werden die Schweizer Bunker plötzlich wieder anders wahrgenommen. Gefragt wird nun: Wo ist mein Schutzraum?

Eine Antwort darauf gibt es allerdings nur im Kanton Luzern, wo die zugewiesenen Plätze online abrufbar sind. In den anderen Kantonen wird die Information erst im Ernstfall kommuniziert. Die offizielle Begründung dafür ist, dass sich die Zuteilung wegen der vielen Umzüge ständig verändere. Eine in-

offizielle Begründung ist, dass unnötige Diskussionen vermieden werden sollen wie zum Beispiel: «Mit diesem Nachbarn will ich auf keinen Fall im Keller sitzen.»

Maja Riniker ist Präsidentin des Schweizer Zivilschutzverbands und FDP-Nationalrätin. Sie fordert mehr Transparenz: «Die Gemeinden und Kantone sollten jetzt niederschwellig Informationen bereitstellen, damit die interessierten Leute erfahren können, wo sich ihr zugewiesener Schutzraum befindet.»

Die Behörden haben diese Woche Tausende solcher Anfragen erhalten, wie eine Umfrage bei Kantonen zeigt. Viele haben auf das Informationsbedürfnis reagiert und die wichtigsten Fragen und Antworten publiziert.

Silvia Berger Ziauddin ist Geschichtspräsidentin der Universität Bern und hat «die Bunker-Schweiz» studiert. Sie sagt: «Die Zivilschutzbunker sind Relikte aus dem Kalten Krieg. Jetzt kommt es zu einer Rückkehr der Konfrontation von Blöcken und wir müssen wieder eine grundlegende Diskussion führen: Wozu sollen uns die Schutzbauten in Zukunft dienen?»

Aufgrund vieler Studien sei klar: «Einen nuklearen Krieg in Europa werden wir nicht überleben, auch nicht in einem Zivilschutzkeller.» Aber sollte nach einem Angriff auf ein AKW radioaktive Strahlung austreten, könnten die Schutzräume womöglich für ein paar Tage als Notunterkünfte taugen.

Der Ernstfall wurde seit dem Fall der Berliner Mauer nie geübt

Sind die Anlagen aber überhaupt bezugsbereit? Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz schreibt auf Anfrage: «Aufgrund der als gering eingestuften Eintretenswahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts in der Schweiz wur-

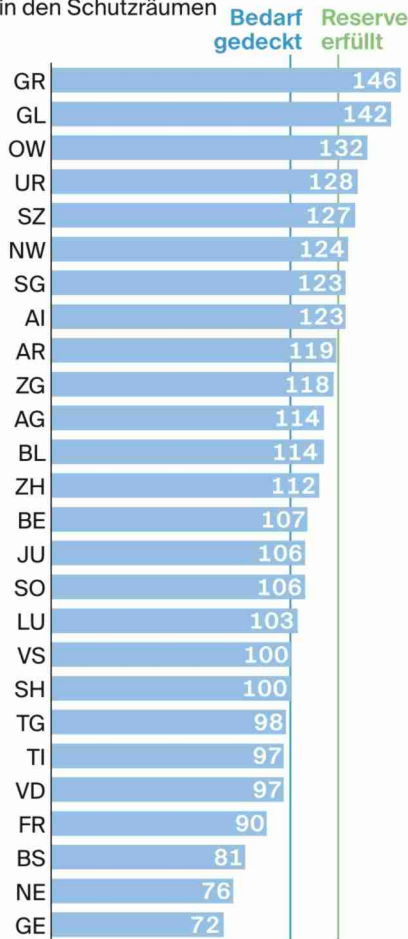


den keine Übungen zum Schutzraum-
bezug mehr durchgeführt.»

Die letzte grosse Übung habe 1989
kurz vor dem Fall der Berliner Mauer
stattgefunden. Der Zivilschutz habe
seit den 90er-Jahren den Fokus auf die
Bewältigung von Katastrophen und
Notlagen gelegt. Die Schutzbauten
wurden vernachlässigt, weil sie primär
für den Fall eines bewaffneten Konflikts
konzipiert worden waren.

Die Schutzplatzquote

So viele Leute (in %) hätten Platz
in den Schutzräumen



Quelle: BABS/Grafik: let